

# Wossische



# Zeitung

1. Mai  
(Ausland: 2. Mai)

Begründet

1704

Mit  
Kurszettel

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Verlag Ullstein, Chefredakteur: Georg Bernhard, Verantw. Redakteur (im Ausn d Hand-lst): Jul Elbau Berlin Ullsteinlangte  
Manuskripte werden nur zurückgesandt wenn Porto beiliegt

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech Zentrale Ullstein, Moritzplatz 11800 bis 11852.  
Die Zentrale verbindet mit den einzelnen Abteilungen. Tele-  
gramm Adresse Ullsteinhaus Berlin Postcheckkonto Berlin 660.

## Oesterreichs Wirtschaftskatastrophe.

Raschin und Dinghofer.

In der heutigen Morgenausgabe der „Wossischen Zeitung“ wurde eine Rede erwähnt, die im tschechoslowakischen Abgeordnetenhaus der frühere Finanzminister, der Abgeordnete Dr. Raschin, bei der Beratung des 500-Millionenkredits für Oesterreich hielt. Herr Dr. Raschin machte den ausichtslosen und wohl auch etwas unaufrichtigen Versuch, die Schuld an dem oesterreichischen Wirtschaftsunglück den Oesterreichern und nur den Oesterreichern zuzuschreiben. Die heftigen Ausfälle gegen Wien und die Wiener Bevölkerung, deren Inhalt schon heute morgen angedeutet wurde, ergänzte Herr Raschin durch allzu billige, praktisch wertlose Ratschläge. So wies er darauf hin, daß die oesterreichische Landwirtschaft den größten Teil des oesterreichischen Lebensmittelbedarfs selbst produzieren könnte, wenn sie viel intensiver wäre, als sie tatsächlich ist. Wenn... Herr Raschin weiß vermutlich ganz genau, wieviele Jahre es dauert, die Intensität der Landwirtschaft eines Landes (noch dazu die Intensität einer überwiegend bäuerlichen Landwirtschaft) beträchtlich zu steigern — und wieviel Kapital dazu erforderlich ist. Ebenso viel „Gegenwartswert“ hat sein Hinweis auf die unausgebauten oesterreichischen Wasserkräfte. Und wenn Herr Dr. Raschin den Urheber der oesterreichischen Inflation die bessere Währungspolitik der Tschechoslowakei vorhält, so ist dieser Vorwurf doch reichlich pharisaisch. Die Tschechoslowakei ist im Friedensvertrage durch die Grenzen, die sie erhielt, mit den besten, ja beinahe mit den einzigen wirtschaftlichen Aktiven ausgestattet worden, die das alte Oesterreich überhaupt besaß. Deutschösterreich aber ließ man die Dreimillionenstadt Wien mit ihrem ungeheuren Konsumbedürfnis, der die Absperrung von den Zollzonenstaaten fast ihre ganzen ökonomischen Funktionen, beinahe ihre gesamte Arbeitsgelegenheit nahm. Bei einer Verteilung, die dem einen Staate alle Aktiven und dem andern alle Passiven zuweist, darf man sich nicht wundern, wenn der letztere sich, so gut es eben geht, mit der Notenpresse zu helfen versucht.

Wie es um die Ursachen und die Wirkungen der oesterreichischen Finanzkatastrophe tatsächlich steht, hat, wie uns aus Wien gemeldet wird, gestern in einer Sitzung der großdeutschen Volkspartei, die sich mit dem neuen Finanzplan der Regierung Seipel beschäftigte, der Vorsitzende jener Partei, der Abgeordnete Dinghofer, zutreffend dargelegt. Dinghofer erklärte:

Mit kleinen Ausnahmen der Ententestaaten ist uns nur auf beschränkte Zeit gedient. Es ist höchste Zeit, daß dem Völkerverbund offen dargelegt werde, daß sich die Währungs- und Finanzverhältnisse in Deutschösterreich in den letzten Wochen derart verschlechtert haben, daß die Regierungsfähigkeit des Landes kaum mehr erhalten werden kann und die Grundlagen der Produktion bedroht sind. Der Augenblick ist nahe, in dem in einem Lande Mitteleuropas mit der drittgrößten Stadt des Kontinents das Wirtschaftsleben zum Stillstand kommen kann. Es ist nicht abzusehen, wie der nächste Herbst und Winter überstanden werden sollen. Entweder bringt der Völkerverbund die in ihm vertretenen Regierungen dahin, daß sie auf mindestens zwei Jahre dauernde Zuschußbeiträge sich monatlich zu leisten verpflichten, oder es bleibt nichts anderes übrig, als daß die oesterreichische Regierung dem wiederholt einmütig ausgesprochenen Wunsche der Bevölkerung sowie aller drei Parteien der Nationalversammlung entsprechend an den deutschen Reichstag mit dem Ersuchen herantritt, Deutschösterreich in das Deutsche Reich aufzunehmen. Wir sind uns dabei sehr wohl der großen Lasten bewußt, welche die Uebernahme unseres Landes für das Deutsche Reich bedeuten müßte, wissen auch, daß unser zukünftiges Leben im Deutschen Reiche durch schwere Sorge bedroht wäre; aber wir sehen darin die einzige Möglichkeit, unser wirtschaftliches Leben überhaupt aufrecht erhalten zu können.“ (Siehe auch Handelsteil.)

## Die Haager Kommissionen.

Drahtmeldung unseres Sonderberichterstatters

in Haag, 21. Juni.

Unter dem Ehrenvorsitz Kornebeels fand heute vormittag 11 Uhr die erste Sitzung der neu eingerichteten nicht-russischen Hauptkommission statt. Auf Vorschlag des englischen Delegationsführers wurde der Niederländer Patijn, Abteilungsvorstand im niederländischen Außenministerium, zum Ersten Vorsitzenden, auf Vorschlag des Franzosen Alphand der Belgier Cattier zum Vizevorsitzenden der Hauptkommission gewählt. Als Vorsitzende der drei Unterkommissionen wurden auf Vorschlag Japans der Engländer Grean für die Unterkommission A (Privateigentum), der Franzose Alphand für die Kommission B (Schulden), der Italiener Avezano für die Unterkommission C (Kredite) ernannt.

Die Präsidenten aller vier Kommissionen bilden zusammen einen ständigen Geschäftsausschuß als Verbindungsbrücke zu den russischen Delegierten. Patijn erhielt als erster Vorsitzender der Hauptkommission den Auftrag, die erste Fühlung mit

den Russen aufzunehmen und ihnen insbesondere die Bildung der vorgesehenen drei Unterkommissionen nahezu legen. Auf eine Anfrage an den Präsidenten erklärte dieser, daß seitens der Russen noch keine offizielle Mitteilung hinsichtlich der Teilnahme an der Konferenz im Haag eingetroffen ist. Inoffiziell wird bekannt, daß telegraphisch für folgende fünf Herren um Ausstellung der Einreiseerlaubnis ersucht wurde: Litwinow, Krassin, Rakowski, Sokolnikow und Kreczinski.

## Französisch-englische Verständigung?

Drahtmeldung der „Wossischen Zeitung“.

in Paris, 21. Juni.

In der französischen Presse ist in den letzten zwei Jahren wiederholt die Vermutung geäußert worden, daß England sich der deutschen Frage bediente, um auf Frankreich einen Druck zur Erlangung von Zugeständnissen im Orient auszuüben. Seit einigen Monaten war vom deutschen „Kuhhandel“ nicht mehr die Rede. Es ist deshalb doppelt beachtenswert, daß der „Petit Parisien“ heute in einem von Hervé verfaßten Leitartikel auf den Gedanken eines derartigen Interessenausgleichs zurückgreift und eine entsprechende Politik empfiehlt.

In dem Artikel wird ausgeführt, das französische Volk habe mit Aufatmen vernommen, daß „jede Spannung“ zwischen Frankreich und England beseitigt sei, und daß in den nächsten Monaten die Verhandlungen zwischen beiden Ländern fortgesetzt werden. Das beste Mittel zur Erzielung einer vollkommenen Entente sei die Entfaltung der Methode von 1904? Damals sei auf der Grundlage gegenseitiger Zugeständnisse eine Verständigung zustande gekommen. Auch heute könne eine Entente nur erzielt werden, wenn die beiden Länder an irgendeiner Stelle Verzicht leisten. Englands Lebensinteressen seien, wie von allen englischen Ministern zugegeben werde, im Orient zu suchen. Frankreichs Lebensinteressen lägen am Rhein, wo die Franzosen die Freundschaft und das Vertrauen Englands nötig hätten, um Forderungen von Deutschland zu erlangen, die Sicherheit mit möglichst geringen Kosten herzustellen und bei schlechtem Willen Deutschlands mit möglichst geringen Gefahren „Sanktionen“ zu verhängen.

in London, 21. Juni.

In offiziellen Kreisen wird immer noch viel die Unterhaltung Poincarés mit Lloyd George mit Bezug auf den englisch-französischen Pakt besprochen. Man nimmt nunmehr an, daß die Verhandlungen hierüber weitergeführt werden und daß auch noch eine Reihe von Privatunterhaltungen zwischen den beiden Premierministern in dieser Beziehung stattfinden werden. Man glaubt, daß Lloyd George im Laufe des Julis in Paris einen offiziellen Besuch abstattet. Von allen Seiten gibt man sich die größte Mühe, alle Mißverständnisse, die über diesen Pakt noch bestehen, zu beseitigen, und es wird als sehr leicht möglich betrachtet, daß Frankreich und England doch einmal vollständig geeint vor Europa treten werden.

## Das Schulgesetz bleibt Entwurf.

Vertagung des Bildungsausschusses.

Der Bildungsausschuß des Reichstags hatte sich heute versammelt, um die Antwort der Regierung über ihre Stellungnahme zu dem am 5. April gefaßten Beschlusse des Ausschusses entgegenzunehmen, wonach der § 1 des Reichsvollschulgesezes derart gefaßt wurde, daß alle drei Schularten gleichberechtigt sind und die Gemeinschaftsschule nicht das ihr in der Verfassung zugesicherte Vorrecht genießen soll. Der Reichsminister des Innern hat an den Bildungsausschuß ein Schreiben gerichtet, das folgenden Wortlaut hat:

Bei Beratung des § 1 des Gesezes zur Ausführung des Reichsverfassungsartikels 146, Abs. II, hat sich eine Meinungsverschiedenheit darüber ergeben, ob ein angenommener Abänderungsantrag eine Verfassungsänderung in sich schließt oder nicht. Die Reichsregierung hat sich wiederholt mit der Angelegenheit befaßt, die schwierigste und meist umstrittene Teile des Verfassungswerkes berührt. Sie sieht aus verschiedenen Gründen davon ab, im gegenwärtigen Zeitpunkt eine abschließende Stellung zu nehmen, behält sich indes vor, die Frage auch unter Würdigung ihrer politischen Bedeutung alsbald in Benehmen mit den Parteien ihrer endgültigen Lösung entgegenzuführen.

Unter diesen Umständen hält die Reichsregierung eine weitere Beratung des Entwurfs zurzeit nicht für angezeigt. Sie wird es jedoch begrüßen, wenn noch vor Wiederbeginn der Vollsitzungen des Reichstages im nächsten Herbst der Ausschuß die Beratungen des Entwurfs wieder aufnehmen und so die endgültige Verabschiedung des Entwurfs durch den Reichstag baldigst ermöglicht werden könnte.

Der Ausschuß beschloß darauf, die weitere Beratung des Reichsvollschulgesezes zu vertagen, und nahm in seiner weiteren Beratung die vorliegenden Anträge zu Steuerung der Not der Junglehrer einstimmig an. Die Anträge sollen in den nächsten Tagen dem Plenum zur Verhandlung vorgelegt werden.

## Dreihundert Jahre Propaganda.

Von

Dr. Edgar Stern-Rubarth.

Am 22. Juni 1622 wurde durch die Bulle „Inscrutabili“ Papst Gregors XV. die „congregatio de propaganda fide“ geschaffen. Die Grundlagen dieser Einrichtung stammen freilich schon von Gregor XIII. und Clemens VIII. — unter dem letzteren taucht auch die Bezeichnung „Propaganda“ zuerst auf, damals für eine einzelne zur Prüfung der liturgischen Riten vertriebener Christen aus der Türkei ernannte Kongregation —, aber die ständige Einrichtung eines Kardinalkollegiums zur Leitung der katholischen Mission und mit ihr die Bezeichnung Propaganda feiern jetzt ihren 300. Geburtstag.

Dieser Tag verdient festgehalten zu werden. Denn nie zuvor ist im engeren, an die Kongregation im prächtigen Palast Berninis an der Piazza di Spagna gebundenen, wie in erweitertem modernen Sinne die Propaganda von einer Bedeutung gewesen wie heute. Erst seit der allerjüngsten Zeit bildet bei uns das Gebiet der psychologischen Beeinflussung, einer Hauptursache unserer Niederlage und der Weltmeinung über uns, den Gegenstand exakter Forschung, ob uns gleich das Beispiel der allen Stürmen trotgenden Großmacht der Kurie die beste Gelegenheit zum Lernen geboten hätte. Von Anfang an und ihrer ganzen Struktur nach weit weniger als politisches Instrument gedacht und angelegt, hat die Kongregation sich im Lauf der Jahrhunderte recht sichtbar zu einem solchen entwickelt.

Sie besteht aus drei Kommissionen, von denen die erste die Durchsicht der liturgischen Bücher der orientalischen Riten, die zweite die Prüfung der Berichte der von der Kongregation abhängigen Bischöfe und Vikare besorgt, während der dritten die Prüfung der Satzungen der Religionsgesellschaften obliegt, die von der Propaganda abhängen. In dieser dritten Funktion zum mindesten liegt eine Aufgabe vor, die eine Verbindung zwischen der congregatio de propaganda fide und dem heutigen Begriff der politischen Propaganda gestattet. Denn die Macht, der diese Organisation diente, ist ehemals eine eminent weltliche, politische gewesen, und unter dem Titel „Prüfung der Satzungen“ birgt sich naturnotwendig auch eine starke Einflußnahme auf die Wirksamkeit der Betätigung aller jener abhängigen Unterorgane der Kurie, auch eben in jener weltlich-politischen Beziehung.

Die Mittel, mit denen die Institution arbeitet und gearbeitet hat, verstärken die Empfindung einer solchen Analogie. Das gesprochene und gedruckte Wort, die Nutzung eines Polyglottismus ohnegleichen selbst in den heutigen Außenministerien der Weltmächte, die Sammlung und das Studium fremdvolklicher psychologischer Eigentümlichkeiten; daneben eine straffe und bis in die kleinsten Einzelheiten, bis in Tag, Stunde und Gesprächstext jedes einzelnen Nege- oder Indianermissonars hineinreichende Organisation und Kontrolle — was anderes haben rein weltliche Mächte auf dem Gebiet der feineren außenpolitischen Propaganda zu erdenken vermocht?

Um einen Begriff von Art und Umfang dieser vielumstrittenen und doch im wesentlichen auch heute noch — heute wieder! — als segensreich erkannten Wirksamkeit zu geben, genügen einige Daten aus der Fülle der Berichte: das 1627 begründete Propagandakolleg, Collegium Urbanum, umfaßt eine großartige Druckerei, eine Bibliothek mit einem gewaltigen Archiv und ein Kolleg, in dem Missionszöglinge Vorlesungen und Unterrichtskurse vornehmlich in Fremdsprachen (früher vorwiegend asiatischen) erhalten — ähnlich, wie die Attachés im Orientalischen Seminar. Die Druckerei, seit alters weltberühmt, da sie schon vor 200 und mehr Jahren in Dutzenden von Sprachen druckte, hatte 1870 bereits 250 verschiedensprachige Vaterunser in 170 verschiedenen Typengattungen herausgebracht. Endlich ist da eines der seltsamsten und kostbarsten Museen zusammengetragen, das auf der von Kardinal Stefanos Borgia um 1790 gestifteten ethnographisch-missionsgeschichtlichen Sammlung beruht und Götzenbilder, Münzen, Schriften, Amulette, Waffen usw. aus aller Herren Ländern umfaßt. Die Geldausgaben der Propaganda im 19. Jahrhundert werden von Vater Baumgarten auf 16 606 370 000 Friedensmark geschätzt; Sachkundige bezeichnen diese Riesensumme als noch zu niedrig!

Diese Riesensummen stammen in der Hauptsache aus Kollektiven und freiwilligen Stiftungen, besonders seit der italienische Staat 1884 das Vermögen der Kongregation beschlagnahmt, die Güter verkauft, den Erlös dem Staatsschatz einverleibt und die (vermeintlich) dadurch beschränkte Institution nur im Besitze des Ertrages gewisser unveräußerlicher Rententitel belassen hat. Es ist ihr dadurch freilich ebensowenig der Atem abgeschnitten worden wie durch den Vertrag von Versailles, der mit dem Artikel 438 u. a. die Tätigkeit der sehr zahlreichen und relativ wichtigen deutschen Missionen einschränkt und ihr Vermögen unter Ententeverwaltung stellt. Und in dem Augenblick, wo sich Rom anschickt, die größte seiner abtrünnigen Töchter, die orthodoxe Kirche Rußlands, durch den Abschluß eines Konkordats mit Moskau auf eigenem Boden